

Medizinische Dringlichkeit entscheidet – nicht populistische Forderungen

Bad Segeberg, 05. Februar 2026 - Die aktuelle Kritik von Politik und GKV-Spitzenverband an angeblich zu langen Wartezeiten auf einen Facharzttermin für gesetzlich Versicherte greift aus Sicht des Vorstandes der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) deutlich zu kurz.

„Entscheidend für die Vergabe eines Facharzttermins ist zuallererst die medizinische Notwendigkeit. Viele Anliegen – etwa Vorsorgeuntersuchungen oder Verlaufskontrollen – sind aber nicht zeitkritisch, längere Wartezeiten daher vertretbar“, betont Dr. Bettina Schultz, die Vorstandsvorsitzende der KVSH. Bei akuten Beschwerden versuchen Arztpaxen in der Regel, einen kurzfristigen Termin anzubieten. Gleichzeitig stünden Patientinnen und Patienten weitere Wege offen, um akute Erkrankungen und dringende Behandlungsbedarfe zeitnah zu versorgen:

- die Hausarzt-Facharzt-Überweisung bei dringendem Behandlungsbedarf,
- die offenen Sprechstunden ausgewählter Facharztgruppen zur ersten Einschätzung ohne Termin,
- sowie die Terminservicestelle der KVSH, die verbindlich einen Kontakt zu einer Praxis für einen Facharzttermin innerhalb der gesetzlichen Fristen vermittelt.

Die Politik ist gut beraten, keine populistische Debatte nach dem Motto „immer mehr und immer schnellere Termine“ anzustoßen. „Zudem ist die jüngste Forderung des ehemaligen Bundesgesundheitsministers Lauterbach nach einer Termingarantie für GKV-Versicherte bei Fachärzten einfach nur frech“, so Dr. Schultz weiter. Wer gesetzlich Versicherte, die innerhalb von drei Wochen keinen Facharzttermin erhalten, künftig wie Privatversicherte ambulant im Krankenhaus behandeln lassen will – und dies auch noch aus dem Honorartopf der niedergelassenen Fachärztinnen und Fachärzte finanzieren möchte –, verkennt die Versorgungsrealität vollständig. Mal ganz davon abgesehen, dass die Krankenhäuser gar nicht die Kapazitäten hätten, Patienten in größerer Zahl ambulant zu behandeln.

Wer wie Politik und Krankenkassen zugleich fordert, die vor einigen Jahren bewusst geschaffenen finanziellen Anreize für fachärztliche Leistungen ersatzlos zu streichen, führt die Menschen in die Irre. Die Realität ist: Aufgrund der im fachärztlichen Bereich geltenden Budgetierung werden bundesweit aktuell über 40 Millionen erbrachte Termine nicht vergütet. Wird der finanzielle Spielraum weiter eingeschränkt, wird es logischerweise nicht mehr, sondern weniger Termine geben. Eine politisch gewollte und grundsätzlich sinnvolle Patientensteuerung wird so unmöglich gemacht.

Mehr Sachlichkeit statt Scheindebatten

Die allermeisten Facharzttermine erfolgen innerhalb weniger Tage, Notfälle werden sofort versorgt. Nach einer Befragung des GKV-Spitzenverbandes selbst erhält jeder siebte Patient sogar am selben Tag einen Facharzttermin. „Wir müssen eine ehrliche Diskussion führen: Wer alle Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung jederzeit, ungeschmälert und sofort haben will, muss auch offen sagen, dass dies mit den derzeit verfügbaren Finanzmitteln nicht möglich ist, macht Dr. Schultz deutlich.

**Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein | Marco Dethlefsen, Pressesprecher, Tel. 04551 883 818
Nikolaus Schmidt, Pressesprecher, Tel. 04551 883 381 | presse@kvsh.de | www.kvsh.de**